Jens Berger thematisiert in diesem Beitrag die aktuelle Debatte zur Rente. Ohne die angeblich „jungen CDU-Abweichler“ samt ihres angedrohten „Koalitionsbruchs“ sei die letzte Bundestagsdebatte zum Rentenpaket wohl kaum von Medien und Öffentlichkeit beachtet worden. Es sei jedoch anders gekommen „und man weiß nicht, ob man sich darüber freuen oder ärgern soll, steht doch nun der Plan im Raum, noch in dieser Legislaturperiode eine ‚echte‘ Rentenreform anzugehen“. Der Union sei schließlich daran gelegen, „allerlei Grausamkeiten bei der Rente durchzusetzen – von der Teilprivatisierung bis hin zur Erhöhung des Renteneintrittsalters“. Die Finanzkonzerne würden bereits mit den Hufen scharren. Wir haben dazu interessante Zuschriften erhalten. Dafür bedanken wir uns. Die nun folgende Leserbrief-Auswahl hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

---

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

exemplarisch für Ihre informative Aufklärungsarbeit ist Ihr letzter Artikel zur Rente. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie immer wieder so detailgetreu Hintergründe und Zusammenhänge beschreiben und Ihre LeserInnenschaft in die Lage versetzen, Propaganda und Fehlinformationen besser zu durchschauen und Argumente für sachgemäße Urteile bereit stellen.

Ich bin sehr froh über Ihre gut argumentierten Artikel und danke Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen
R.Kirschmann

---

2. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie glücklich mich Ihre Artikel machen! Gerade dachte ich bei der Rentendebatte: Hoffentlich schreibt der Berger mal einen Artikel darüber. DAS würde Klarheit bringen. Und schon ist er da, der Artikel. Wunderbar!

Darf ich vielleicht zwei Wünsche äußern? Es wird gerne das österreichische Rentensystem als gutes Beispiel genannt. Soweit ich es verstehe, sagt der reine Prozentsatz des letzten Einkommens aber nicht viel aus. Die Frage ist ja: Wie viel bleibt davon übrig? In diesem Zusammenhang gab es mal von Thomas Röper beim Anti-Spiegel einen ziemlich beeindruckenden Vergleich zwischen Deutschland und Russland. Ich kenne mich mit dem Thema aber leider zu wenig aus. Wenn Sie dazu mal einen Artikel schreiben könnten…

Ein anderes Thema wäre Armut in Deutschland. Es gab auf den NDS gerade eine Serie dazu, die ich, ehrlich gesagt, gut gemeint und ziemlich weinerlich fand. Ich habe dazu auch mehrere Leserbriefe verfasst. Ich komme selbst aus armen Verhältnissen und bin zwar der erste Akademiker der Familie, lebe aber wieder vergleichsweise spartanisch, nachdem der Stallgeruch der ärmlichen Verhältnisse verflogen war. Ich gehöre also nicht zu den Parvenüs, die nicht mehr mit den Schmuddelkindern spielen wollen. Meiner Meinung nach gibt es keine relevante Armut in Deutschland im Sinne von nicht selbst verantworteter Armut (mit aller Vorsicht gesagt). Auch dazu interessiert mich Ihr Standpunkt brennend.

Mir ist natürlich klar, dass ich nicht der einzige Leser mit Wünschen bin. So oder so bin ich über jeden neuen Artikel von Ihnen froh.

Mit besten Grüßen,
Peter Klein

---

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

ein sehr detaillierter Beitrag, der das Problem der gesetzliche Umlageversicherung beschreibt.

- seit 1957 über 1 Billion Euro Versicherungsfremde Leistungen
- Einkommen steigen nicht im Verhältnis zur Produktivität
- besonders seit 2004 viele prekäre Jobs, die wenig bis nichts einzahlen

Also warum geht es der Partei des Großkapitals ?

Um Reallohnsenkungen und damit um mehr Profit.

Welche Folgen hat das für den Euro Raum ?

In einer Währungsunion müssen die Einkommen in Höhe von Produktivität + Inflation steigen !

Durch die Lohnsenkung in Deutschland gibt es einen Wettbewerbsvorteil, den die anderen Länder nicht ausgleichen können.

> „Heiner Flassbeck: Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau
>
> Deutschland hat den Gürtel in den letzten Jahren immer enger geschnallt. War das ökonomisch gesund? Nein, meint Heiner Flassbeck, ehemaliger Direktor für Globalisierung & Entwicklung bei den Vereinten Nationen in Genf und ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Wie also kann Deutschland dazu gebracht werden, dass es jetzt mal eine Weile über seine Verhältnisse lebt, damit die anderen EU-Länder aufholen können? Denn sonst droht die eigentlich wichtige und richtige Währungsunion zu kollabieren.“

Der zweite Effekt, sinkende Einkommen führen logischerweise zu einem Sinken auf der Nachfrageseite.

Der Binnenmarkt gerät weiter unter Druck !

Grüße
Dieter Gabriel

---

4. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren der NDS,

ein sehr informativer Artikel zur Rentenproblematik.Für Laien aber schwer zu lesen

und zu verstehen. Wenn man dies Leuten außerhalb der NDS nahebringen will, ist der Text zu schwer. Es ist wirklich so, daß wir kein Rentenproblem haben. Wir haben ein Verteilungsproblem auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite der Rentenversicherung.

Grundsätzlich ist die umlagefinanzierte Rente das beste und günstigste Rentensystem. Die deutsche Rentenversicherung benötigt ungefähr 1% der Beiträge für Verwaltung. Bei privaten Rentenversicherungsträgern sind es teilweise bis zu 10% .

Ich meine mich auch zu erinnern, daß, wie auch im Artikel beschrieben, sich der Bund an der Rentenkasse für versicherungsfremde Leistungen bedient hat. Das ging schon unter Kohl bei der Wiedervereinigung los, als die Rentenversicherung die DDR Rentner mit versorgen mußte und dafür nicht die erforderlichen Gelder vom Bund erhielt.

Dann, bei der ersten rot grünen Koalition wurde ja wieder das Lied der Unfinanzierbarkeit der Rente und der angeblichen Rentenungerechtigkeit geblasen, wiederum ohne, wie auch im Artikel beschrieben auch nur einmal die Produktivitätsfortschritte mit einzuberechnen, die es eben sehr wohl möglich macht, daß auch weniger Beitragszahler steigende Rentnerzahlen mit versorgen. Auch hatten die RotGrünen Angst,daß der Rentenbeitragssatz auf, ich weiß nicht mehr, 24%, steigen würde.

Also hat man den Rentenbeitragssatz festgezurrt auf den damaligen Satz,aber das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht, schrittweise bis zum Jahrgang 1964, und das Rentenniveau auf 43% gesenkt und noch so ein paar Schweinereien im Zuge der „Hartz“ Reformen“. Die erste rot grüne Koalition war damals schon ein Totalausfall. Nebenbei haben die ja, nur zur Erinnerung, die Veräußerungsgewinne von Unternehmensanteilen steuerfrei gestellt und die ersparten Milliarden hintenrum den Unternehmen wieder reingeblasen.

Gleichzeitig wurde den Bürgern Angst gemacht,daß die mit dieser mickrigen Rente ihren Lebensstandard im Alter nicht würden halten können (tatsächlich) und sie sollten doch privat bei den Freunden von Schröder, Maschmeyer und Konsorten, vorsorgen und Versicherungen abschließen. Auf breiter Front trommelten damals die bekannten professoralen Mietmäuler und Lobbyisten der Versicherungswirtschaft, Raffelhüschen,Rürup und wie sie alle heißen und dazu die „Wirtschaftsblöden“ der Regierung für die private Vorsorge. Das Ergebnis kennt

man mit den Rohrkrepierern Riesterrente und anderen Versicherungsprodukten. Schlechte Rendite,teuer in der Verwaltung und vor allem nicht vor Totalausfall geschützt.

Wie wurde über Norbert Blüm (Die Rente ist sicher) Häme ausgeschüttet und dem Lüge, Dummheit und wer weiß was vorgeworfen. Dabei hatte der Recht und er hat auch immer gesagt, daß die Rente sicher wäre, wenn die umlagefinanzierte Rentenversicherung so arbeiten würde, wie sie arbeiten sollte und nicht der gierigen Regierung unterworfen wäre.

Außerdem müßte jedem, der sich ein wenig in Geschichte auskennt klar sein,daß Generationengerechtigkeit immer herrscht. Sie herrscht alleine deshalb, weil Menschen nicht vom Himmel fallen, sondern jeder Mensch Eltern hat, für die er im Zweifel alleine aufkommen müßte oder eben mit Geschwistern. Man könnte auch sofort auf direkt Umlage umstellen, daß alle Kindern für ihre Eltern aufkommen. Der Staat müßte dann nur eine Regelung für Kinderlose finden. Und wie war es denn nach den Kriegen, als Millionen junger Menschen in Deutschland und anderswo entweder gefallen oder versehrt waren? Gut,damals gab es noch nicht so ein Rentensystem. Aber auch damals ging es weiter, natürlich nicht auf diesem Niveau wie heute. Es geht immer weiter.

Nein nein, der Staat tritt eine völlig überflüssige und schlechte „Rentenreform“ los. Ich frage mich, weiß die Regierung es nicht besser (gut möglich) oder will sie nur die Bürger um die Rentengelder betrügen (wahrscheinlicher) ?

Wieso wird auch immer über Rente geredet und nicht über die deutsche „Altersversorgung“ als gesamtgesellschaftliche Aufgabe? Es wird nie über die Pensionen geredet? Warum nicht? Weil das Geld der üppigen Altersversorgung für die Beamten und angestellten Staatsdiener immer einfach da ist? Das scheint ja immer vom Himmel zu regnen und es steigt auch immer so schön regelmäßig an, egal ob die Wirtschaft floriert oder stagniert. Es wird Zeit in Deutschland nicht über die Rente zu reden sondern von „der „Altersversorgung“, an der sich bitte schön auch alle, mit allem, anteilsmäßig beteiligen sollten. Wie in der Schweiz! Dort ist es auch möglich, daß der Staat von jedem Vermögen und Einkommen einen festen Prozentsatz kassiert.Dafür gibt es dann eine auskömmliche Grundrente und wer mehr will sorgt eben privat vor. Nur in Deutschland haben alle Besserverdienenden (Ärzte,Zahnärzte, Anwälte, Apotheker u.s.w.) eigene Altersversorgungen und zahlen nicht in das Solidarsystem ein. Allerdings haben sich deren Rentenversicherungsträger bzw. die Wirtschaftslaien-Vorstände derer Alterskassen

gerade verspekuliert und Millionen verloren.

Von den Beamten und deren überfälligem Beitrag für das Solidarsystem braucht man gar nicht reden und wenn doch,wird gleich mit dem Schlagwort „Neid“ ,wie auch von den Unternehmern und Vermögenden reagiert. Und wieso gibt es eigentlich eine Beitragbemessungsgrenze für hohe Einkommen? Wieso müssen die Besserverdienenden geschützt werden? Das ist doch verrückt. Jedem kleinen Krauter,der mehr wie 800€ sozialversicherungspflichtig verdient, werden Sozialversicherungbeiträge abgezogen, Geringverdiener müssen sogar für diese komische Knappschaft Beiträge abführen ohne Gegenwert, nur die Superrreichen und die Einkommenmillionäre über knapp 5.500€ Monatseinkommen nicht.

Dieses Unrechtssystem wird geschützt von den Einkommensmillionären aus der Politik, die nach einer Legislaturperiode mehr Ruhebezüge erhalten wie ein Maurer in 3 Arbeitsleben. Bloß nicht an den Top Einkommen und Vermögen rütteln. Lieber den Arbeiter bis 70 arbeiten lassen und das Rentenniveau noch mehr einkürzen.

Es gibt nur eine Lösung: Man muß diesem Staat den Zugriff auf die Rentenkassen wieder abnehmen.Nur Zuschüsse geben sollte der Staat und zwar für genau das für das er zuständig ist und was er verschuldet hat, also Zahlungen wegen der Flüchtlinge u.s.w. und auch genau in der Höhe, wie sie anfallen. Das gilt übrigens auch für die Zahlungen an die Krankenkassen, die der Staat auch nicht in der erforderlichen Höhe leistet und für die steigenden Beiträge auch dort verantwortlich ist.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Hansen

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.

- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.